

## **Redebeitrag zur Veranstaltung „90 Jahre Niederschlagung des Kappputsches“ in Dinslaken (Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Freundinnen und Freunde,  
Genossinnen und Genossen,

auch mit dieser Veranstaltung leisten wir einen Beitrag zur Wahrhaftigkeit in der Darstellung historischer Ereignisse und Erfahrungen. Das ist bitter nötig, denn in den Geschichtsbüchern und weitgehend auch in den Medien finden die Ereignisse vor 90 Jahren kaum Beachtung. Sie passen nicht in die Geschichtsschreibung der politisch Verantwortlichen und Mächtigen heute.

Wie mit der Geschichte umgegangen wird beweist Klaus von Dohnanyi, der in der WAZ am 13. 03. mit folgender Aussage wiedergegeben wird:

„Wenn die SPD an ihrem eigenen Untergang graben will, soll sie mit der Linken regieren. Es wäre das berechnete Ende.“ Und weiter heißt es dort, er kritisiert den „Ahnenkult in der Linkspartei“. Wenn es nach Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegangen wäre, lebte Europa heute „nicht in Freiheit und Demokratie, sondern im Kommunismus“.

Diese Aussage ist ein Skandal in vielerlei Beziehung. Einige erste Gedanken von mir dazu:

1. Dohnanyi stellt sich mit dieser Äußerung in eine Reihe, die für den Mord an Karl und Rosa verantwortlich sind. Politisch waren das auch führende Sozialdemokraten, wie es im Buch von Sebastian Haffner beschrieben ist. Er gibt dem Mord eine nachträgliche Legitimation.
2. Entlarvend ist diese Äußerung auch im Zusammenhang mit der oft missbrauchten Rosa-Luxemburg-Formulierung, dass Freiheit auch immer die Freiheit des Andersdenkenden ist. Wurde Rosa Luxemburg vor allem in der Zeit 1989/90 mit diesem Marx'schen Gedanken oft zitiert, so wird heute angesichts der tief greifenden Krisenerscheinungen des Kapitalismus ihr Mord gerechtfertigt.
3. Die Frage, von Dohnanyi aufgeworfen, was wäre, wenn die Novemberrevolution gesiegt hätte, ist allerdings schon interessant. Mit Sicherheit hätte es dann keinen Faschismus gegeben. 56 Millionen Menschen wären am Leben geblieben, unendliches Leid wäre den Völkern erspart geblieben. Und es hätte auch nicht die Auswirkungen dieser kapitalistischen Krise jetzt gegeben. Vielleicht wäre es sogar gelungen, durch die Wirkung der siegreichen russischen Oktoberrevolution und der dann möglicherweise auch siegreichen Novemberrevolution viel schneller sozialistische Entwicklungsperspektiven durchzusetzen.

Die heute Herrschenden fürchten sich zu Recht davor, dass historische Ereignisse Wirkungen für jetzige politische Auseinandersetzungen und die Zukunft haben können. Um so notwendiger ist es, wenn wir die Erinnerung pflegen. Dabei geht es uns selbstverständlich nicht darum, die Erinnerung als „Bewahrung der Asche“ zu nutzen, sondern es geht uns darum, „die Glut aufzuheben“, damit das Feuer des Kampfes für Gerechtigkeit, ein menschenwürdiges Leben, für eine sozialistische Zukunft weiter brennt.

In den Tagen der Märzkämpfe wurde nach dem Kappputsch am folgenden Tag folgendes Plakat in dieser Region geklebt:

*„An die Gesamtarbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft von Rheinland-Westfalen.  
Durch einen vorläufig gelungenen Putsch in Berlin ist es der Reaktion gelungen, eine gegenrevolutionäre Regierung aufzurichten. Es verpflichten sich die sozialistischen Parteien des Bezirks Niederrhein, den Kampf gegen die neugebildete Kappregierung mit allen Kräften geschlossen aufzunehmen. Der einheitliche Kampf ist zu führen mit dem Ziele:*

1. *Erringung der politischen Macht durch die Diktatur des Proletariats bis zum Siege des Sozialismus auf der Grundlage des Rätesystems .*
2. *Sofortige Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige.*

*Um dieses Ziel zu erreichen rufen die Unterzeichnenden sozialistischen Parteien alle Arbeiter, Beamten und Angestellten auf, am Montag, dem 15. März, geschlossen in den Generalstreik zu treten. Die Eisenbahner werden aufgefordert, jede Beförderung von Truppen und Munition zu verhindern. Die Lebensmittelversorgung ist unter Kontrolle aufrecht zu erhalten.  
Auf zum Kampf gegen die Reaktion! Es lebe der Sieg des Proletariats!*

*Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei  
Bezirksvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei  
Bezirksvorstand der Kommunistischen Partei“*

Der Aufruf zum Generalstreik wurde auch deswegen durchgesetzt, weil am 13. März die Dachorganisationen, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft Freie Angestelltenverbände dazu aufrief, während gleichzeitig Präsident Ebert und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder sich davon distanzieren. Zwölf Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte in allen Teilen Deutschlands traten in den Generalstreik. Auch christliche und Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften unterstützten ihn. Bürgerliche Demokraten, fortschrittliche Intellektuelle gehörten ebenfalls zu den aktiven Unterstützern. Der Generalstreik wurde auf der Grundlage von verhandelten Ergebnissen zwischen Gewerkschaften und der Regierung beendet. Grundlage hierfür waren die 10 Punkte des Bielefelder Abkommens. Die bewaffneten Kämpfer gegen die Reaktion gaben ihre Waffen ab. Die reaktionäre Reichswehr nahm blutige Rache für die Niederlage, allein hier in Dinslaken wurden ca. 300 Kämpfer ermordet und verscharrt. 44 von ihnen sind namentlich bekannt. Am 27. März wurde die Regierung Bauer durch eine neue Koalitionsregierung mit Hermann Müller (SPD) als Reichskanzler ersetzt.

Diese historischen Ereignisse belegen, welche gewaltige Kraft, welche enormen Potenzen in Konfrontation mit dem Großkapital und seiner Herrschaft stehende Massen, insbesondere die Arbeiterklasse, entfalten können, wenn sie in politischer Aktionseinheit handeln. Es erwies sich in Praxis, dass ein politischer Generalstreik ein geeignetes Mittel ist, sowohl für die Verteidigung als auch für die Erweiterung der politischen und sozialen Rechte erfolgreich kämpfen zu können. Die historischen Ereignisse unterstreichen, wie notwendig es ist, vor dem Hintergrund konkreter Herausforderungen Massenaktionen zu initiieren, die organisatorische Basis dazu ständig zu erweitern, auch durch das aktive Wirken handlungsfähiger Strukturen, initiativreich koordinierende Gremien. Zeiten solcher Bewegungen zeigen, wie durch kreatives Handeln Herausforderungen durch die Akteure erfolgreich bewältigt werden können. Der Sieg gegen den Kappputsch unterstreicht die herausragende unersetzliche Rolle der Gewerkschaften in solchen Massenaktionen. Ohne die organisierte Arbeiterklasse vor allem aus den großen Betrieben, ohne Betriebsräte und gewerkschaftliche Institutionen in Betrieben war und ist ein solcher Erfolg nicht möglich. Die historischen Erfahrungen belegen auch, dass außerparlamentarische Massenbewegungen in der Lage sind, unabhängig von Regierungen und politischen Institutionen politische Veränderungen durchzusetzen.

Als bleibende Erfahrung vermittelt auch der Kappputsch tiefe Erkenntnisse über die Rolle von Militär in der bürgerlichen Gesellschaft. Die erfolgreiche Bekämpfung des Kappputsches zeigt, dass Massenaktionen durchaus in der Lage sind, militärische Macht zu brechen. Wie bekannt, endete die Niederschlagung des Kappputsches nicht nur mit Siegen, sondern bedingt durch unzulässige Kompromisse auch mit Niederlagen.

Die zu Anfang meines Beitrages genannten Forderungen der drei Parteien des Bezirkes Niederrhein konnten nicht umgesetzt werden.

1. Es bleibt nachzulesen und zu untersuchen, worin die Ursachen lagen. Möglicherweise war der Kampf gegen den Kappputsch im Wesen ein Abwehrkampf gegen reaktionäre faschistische Veränderungen. Insofern ist er von großen Massen der Bevölkerung unterstützt worden.
2. Zu jener Zeit war die revolutionäre Phase, die ihren Höhepunkt in der Novemberrevolution hatte, offensichtlich bereits weitgehend abgeschwächt.
3. Darüber hinaus wirkte der offene Verrat an den Zielen der Revolution durch Teile der Führung der SPD.

Was vermitteln uns die historischen Ereignisse für aktuelle politische Entwicklung und für mögliche Herausforderungen und Handlungen von kapitalistischen, sozialistischen und kommunistischen Kräften? Hintergrund waren damals vielfältige umfassende Krisenerscheinungen im Kapitalismus nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg. Während fortschrittliche Kräfte, linke, sozialistische und kommunistische Parteien in der täglichen Auseinandersetzung standen, um die vielfältigen Folgen des Krieges zu überwinden und die Lebensverhältnisse so zu organisieren, dass zumindest die Ernährung der Bevölkerung gesichert werden konnte, nutzte der reaktionärste Teil des politischen Spektrums zusammen mit entscheidenden Teilen der Reichswehr die Situation für einen

reaktionären profaschistischen Putsch. Auch damals waren bereits das Hakenkreuz und die Farben schwarz-weiß-rot Erkennungszeichen von Kapp, Lüttwitz und ihren Truppen.

Zeiten, in denen Krisenerscheinungen den Kapitalismus prägen, waren und sind immer auch Herausforderung zu Veränderungen in die eine oder in die andere politische Richtung. So stellen wir auch in diesen Tagen fest, dass die Diskussion um den möglichen Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die Vielfalt neuer Gesetze zur Überwachung der Bevölkerung, die Planspiele von Polizei, Geheimdiensten, Militär zu so genannten möglichen Bürgerkriegssituationen den realen Hintergrund haben, dass einige Kräfte in diesem Land durchaus eine Variante hin zu reaktionären Verhältnissen ins Auge fassen. Am 11. März 2010 wird in einem WAZ-Artikel eine neue Technik zur Überwachung von Demonstrationen und Kundgebungen vorgestellt. Es sind so genannte „fliegende Augen“, die aus mehreren hundert Metern messerscharfe Aufnahmen liefern. Mit diesen weiteren Bespitzelungen werden wir schon bei der demnächst stattfindenden Antifa-Demonstration demnächst in Duisburg und beim Ostermarsch zu tun haben.

Der Historiker Arnulf Bahring durfte vor den hessischen Landtagswahlen in der dortigen CDU-Fraktion vortragen, dass man in dieser Zeit zugespitzter Krisen darüber nachdenken muss, demokratische Entscheidungsmechanismen einzuschränken und mit Hilfe von eher diktatorischen Erlassen zu regieren. Wenn wir unter diesem Gesichtspunkt die Tatsache werten, dass innerhalb von nur einer Woche ein Rettungspaket für Banken durch die Regierung ohne gesellschaftliche Aussprache verabschiedet wurde, dann ist dies bereits ein konkreter Fingerzeig, wie sich eine solche Politik umsetzt. Die heute Regierenden – übrigens auch die vorige Große Koalition – regiert in wesentlichen Fragen gegen die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung. Dies trifft sowohl für die sozialen Fragen als auch für den Kriegseinsatz in Afghanistan zu. Die Mehrheit der Bevölkerung empfindet die gesellschaftliche Situation als ungerecht in diesem Land. Die jeweiligen Regierungen der letzten Jahre haben nur ein Mandat von einer Minderheit der Bevölkerung.

Angesichts sich vertiefender Krisenerscheinungen kann eine solche Situation zur Zuspitzung vorhandener Widersprüche führen. Meiner Meinung nach ist heute die Hauptgefahr die Durchsetzung einer antidemokratischen Politik. Das zu verhindern, ist eine große Herausforderung in dieser Zeit. Es gilt mehr denn je, die historischen Erfahrungen der Abwehr des Kappputsches zu nutzen, um breite gesellschaftliche Bewegungen zu schaffen, die eine antidemokratische Entwicklung verhindert und statt dessen die Möglichkeit schafft, einen Politikwechsel hin zu mehr sozialen Rechten und Leistungen und zu mehr Demokratie durchzusetzen. Eine solche Kraftentwicklung erfordert die Fähigkeit, ähnlich wie zu Zeiten des Abwehrkampfes gegen den Kappputsch Gemeinsamkeiten linker fortschrittlicher Politik in den Mittelpunkt zu stellen, eine offene demokratische Debatte über Ziele, Losungen und Kampfformen zu führen, um möglichst erfolgreich wirken zu können.

Diese Orientierung auf Gemeinsamkeiten verlangt keinesfalls das Aufgeben eigener Positionen. Es verlangt allerdings die Fähigkeit, andere Positionen wahrzunehmen, einen solidarischen Meinungsstreit zu organisieren und gemeinsam erarbeitete Ergebnisse auch gemeinschaftlich dann in Aktionen umzusetzen. Die gegen den Kappputsch gemeinsam handelnden linken Kräfte haben dies eindrucksvoll zu jener Zeit praktiziert.

Heute sind wir noch weit entfernt von der notwendigen Formierung einer breiten außerparlamentarischen Opposition. Noch wirken Hoffnungen und Erwartungen an Regierungen, Institutionen und Parteien, dass es ihnen gelingen könnte, die Verhältnisse positiv zu gestalten. Noch wirken Illusionen, z. B. dass durch parlamentarische Entscheidungen Krisenauswirkungen überwunden werden können. Wir, die hier anwesend sind, wissen jedoch, auch aus historischen Erfahrungen, dass progressive gesellschaftliche Veränderungen den Kampf dafür voraussetzen. Die Bereitschaft muss wachsen, auch andere Kampfformen als bisher einzusetzen. Es ist gut, wenn es heute erneut eine Debatte um den Generalstreik gibt. Tatsächlich ist diese Kampfform die einzig denkbare Variante, reaktionäre politische Entwicklungen zu stoppen und progressive Entwicklungen durchzusetzen. Es ist gut, wenn der letzte Kongress der IG BAU auch gegen die Empfehlung des Vorstandes sich mehrheitlich dafür entschieden hat, dass diese Gewerkschaft den Generalstreik als legitimes Kampfmittel empfiehlt. Die Frage, ob Generalstreik ja oder nein, ist allerdings keine juristische und schon gar keine akademische. Es ist eine Frage der Entwicklung des Bewusstseins, als Voraussetzung zur praktischen Nutzung dieser Kampfform. Aber es ist vor allem auch eine Frage und Herausforderung nach einer gründlichen Analyse der entstandenen Situation heute. Dies verlangt, die Frage zu diskutieren: Wie können gewerkschaftliche Forderungen in der Gesellschaft durchgesetzt werden?

Wir brauchen eine offene Debatte zur Analyse der Situation, zu gesellschaftlichen Alternativen und Perspektiven und zu Sozialismusvorstellungen in der Arbeiterbewegung, in linken und fortschrittlichen Zusammenhängen. Anregend hierfür kann auch der Blick über die Grenzen sein. Wenn in diesen Tagen in Griechenland der Generalstreik genutzt wird, um die Abwälzung der Krisenlasten auf die übergroße Mehrheit der Bevölkerung zu verhindern, zeigt sich dort sehr praktisch der Nutzen einer solchen Kampfform. Generalstreiks der jüngsten Zeit in Portugal, Italien, Belgien, Frankreich und anderen Ländern unterstreichen Erfahrungen, wie politische und soziale Forderungen durchgesetzt werden können. Die sozialreaktionäre Konzeption der EU nach mehr Flexicurity und Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen verlangt eine EU-weite Gegenwehr. Was wäre, wenn EU-weit dagegen gestreikt würde?

### **Was lehren uns die Erfahrungen des Kappputsches in Bezug auf die notwendige Auseinandersetzung mit dem Faschismus?**

Wertet man die historischen Erfahrungen jener Zeit der Niederschlagung des Kappputsches und jene Zeit der Machtübertragung 1933 auf Hitler und die NSDAP, so kommt man auch zu Schlussfolgerungen für heute und die nächste Zeit. Es ist bekannt, dass die KPD dazu aufrief, die Machtübertragung an Hitler durch das Großkapital mit einem Generalstreik zu beantworten. Die SPD und auch der ADGB lehnten dies ab. Es kam zwar zu regionalen und örtlichen gemeinsamen Aktionen, umfassende Massenaktionen antifaschistischer Kräfte blieben jedoch aus. Wo lagen die Ursachen für dieses Verhalten?

Niemand kannte bis dahin den Faschismus an der Macht. Viele, vor allem sozialdemokratisch orientierte Menschen vertraten die These, dass Faschismus an der Macht sich in Kürze abwirtschaften würde. Auch unter bürgerlichen Intellektuellen linker Prägung, gab es sehr unterschiedliche Meinungen zur faschistischen Gefahr. Die realen Gefahren Krieg und Vernichtung zu sehen, das war eine Minderheitsposition. Vor allem die KPD, aber auch andere Linke entwickelten Analysen und Schlussfolgerungen, die, durch die historischen Ereignisse belegt, realistisch werden. Ernst Thälmann formulierte: „Wer Hindenburg wählt - wählt Hitler. Wer Hitler wählt – wählt den Krieg!“ Sie warnten vor dem Krieg, vor der Verfolgung und Ermordung politischer Gegner und anderer Bevölkerungsgruppen. Die antifaschistische Aktionseinheit der Arbeiterbewegung war unter den Bedingungen zugespitzter politischer Meinungsverschiedenheiten fast unmöglich. Der Antikommunismus war gerade nach dem Sieg der Oktoberrevolution und der Entwicklung in Sowjetrußland im reformistischen Teil der Arbeiterbewegung stark verankert. In der KPD war die These vom Sozialfaschismus im Verhältnis zur SPD prägend auch für die praktische Tätigkeit und leider auch für Auseinandersetzungen. Es ist falsch, wenn heute verkürzt behauptet wird, dass die Arbeiterbewegung die Verantwortung für den Faschismus trage, weil es ihr nicht gelungen sei, in gemeinsamen Aktionen die faschistische Gefahr zu verhindern. Solche Feststellung ignoriert die Verantwortung und Schuld der Großbourgeoisie, aber auch großer Teile der bürgerlichen Gesellschaft, die sich dann später oft auch mit den Nazis arrangierten. Aber es ist zumindest eine offene Frage, ob es gelungen wäre, den Faschismus zu verhindern, wenn es zu solchen Aktionen wie zur Zeit des Kappputsches gegen den deutschen Faschismus 1933 gekommen wäre. Diese historische Lehre linker Antifaschisten dürfen wir niemals vergessen oder gering schätzen. Zwar stehen wir heute nicht vor der Gefahr einer faschistischen Machtübernahme, aber wir sollten auch nicht übersehen, dass gerade in dieser Zeit der entwickelten Krisenerscheinungen des Kapitalismus Nationalismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Populismus den rechten reaktionärsten Kräften in die Hände arbeitet. Zu diesen gefährlichen Wegbereitern für reaktionäre Politik gehören solche unsäglichen Äußerungen wie jene des Vizekanzlers Westerwelle zur Hartz IV-Problematik. Auch die Vorschläge der SPD-Spitzenkandidatin zur Landtagswahl, Hannelore Kraft, zum Arbeitseinsatz von Hartz IV-Empfängern tendieren in diese Richtung. Zur Verschiebung der politischen Achse nach rechts gehören auch skandalöse Gerichtsentscheidungen, die Nazi-Aufmärsche möglich machen sollen wie zum Beispiel in Dresden, in Dortmund, Recklinghausen und anderswo. In Dresden war es vor allem das Verdienst einer breiten antifaschistischen Bewegung, dass der Aufmarsch der Nazis blockiert wurde. Heute und hier rufen wir dazu auf, den neofaschistischen Kräften um „Pro MRW“ in Duisburg mit machtvollen Gegenaktionen entgegen zu treten. Faschismus auch in dieser Verkleidung ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Auch die vielfältigen Beiträge in verschiedenen Medien, die den Faschismus verharmlosen oder ihn auf fehlgeleitete Persönlichkeitsentwicklung reduzieren, tragen zur Verharmlosung bei. Die Wahrheit über den Faschismus und wie er an die Macht kam, bleibt nach wie vor weitgehend in dem gesellschaftlichen Diskurs ausgespart. Auch daraus entsteht ein gefährlicher Nährboden. Angesichts des 65. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus wollen wir den Schwur von Buchenwald erneuern, in dem es heißt:

*„Wir Buchenwalder ... schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!  
Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. ...“*

Die Tatsache, dass entgegen der Verfassung, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Faschisten legal, durch die Öffentlichkeit finanziert, agieren können, wirft nachdrücklich die Frage auf: Warum ist das so? Mein Standpunkt dazu ist:

1. Man braucht die Nazis auch zur Auseinandersetzung mit linken Kräften in der Gesellschaft heute. Der unsägliche ahistorische Vergleich von Links- und Rechtsextremismus macht das mehr als deutlich.
2. Klammheimliche Freude kommt bei einigen schon auf, wenn in bestimmten Städten dieser Bundesrepublik Deutschland Nazis Antifaschisten bekämpfen oder, wie zum Beispiel am 1. Mai in Dortmund passiert, sie die gewerkschaftliche Kundgebung angreifen.
3. Es bleibt nach wie vor richtig, was uns auch die historischen Erfahrungen des Kappputsches und die Installierung des Faschismus an der Macht gezeigt haben: Unter bestimmten Bedingungen ist das Finanzkapital durchaus bereit, eine reaktionäre Machtvariante zu unterstützen. Das lehren uns übrigens nicht nur die Erfahrungen in Deutschland, sondern auch in Chile, Griechenland in der Zeit der Diktatur, in Südafrika und vielen anderen Ländern. Daher ist die Forderung – Verbot und Auflösung der NPD und anderer faschistischer Organisationen – nicht nur Verfassungsgebot, sondern auch eine notwendig durchzusetzende politische Orientierung, die sehr hilfreich sein kann, wenn es darum geht, faschistisches Gedankengut zu bekämpfen und zu verhindern, dass vor allem unwissende junge Menschen auf die braunen Rattenfänger reinfallen.

Ich möchte meinen kurzen Beitrag zum 90. Jahrestag des Kappputsches mit dem Hinweis beenden, dass auch der erfolgreiche Kampf gegen den Kappputsch zeigt, dass unter allen Bedingungen gekämpft werden kann und gekämpft werden muss. Dies gilt für die Abwehr reaktionärer Gefahren, aber auch als Kampf für die Durchsetzung von sozialen, politischen Leistungen und Rechten heute. Die aktuelle Herausforderung besteht darin, das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Kräfte des Fortschritts, der Demokratie, des Friedens und Antifaschismus durch außerparlamentarische Bewegungen verändern. Wir sind herausgefordert, breitestmögliche Bündnisse für einen Politikwechsel zu initiieren. Auch diese Veranstaltung zeigt, man kann etwas bewegen, wenn linke Kräfte zusammen arbeiten. Inhaltlich geht es auch um die Forderung, in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz die Eigentumsfrage zu politisieren. Ob bei Opel, bei Nokia, bei den Großbanken, Versicherungen oder in anderen Branchen oder Bereichen zeigt es sich: die ökonomische und politische Macht des Großkapitals akzeptiert nur einen Maßstab, und das ist die Profitmaximierung. Wer dagegen die Bedürfnisse und Leistungen der Menschen zum Maßstab von politischen Verhältnissen und Entscheidungen durchsetzen will, der muss heute mehr denn je antikapitalistische Politik und Positionen durchsetzen.

Auch das lehrt uns die Erfahrung des Kampfes gegen den Kappputsch. Gesellschaftliche Auseinandersetzungen dürfen nicht stehen bleiben in Abwehrkämpfen. Sie müssen zugleich Alternativen und Perspektiven benennen, für die es sich lohnt, sich einzusetzen.

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten ist das eine sozialistische Zukunft - am besten weltweit!